

hause zu recitieren hätten und zur Bedingung ihrer Zulassung zum Pathenamte gemacht wird. Daraus ist es erklärlich, warum spiritistische Eltern gewöhnlich nicht zu bewegen sind, statt spiritistischer katholische Pathen beizustellen, damit dem Geseze genügt, das Seelenheil des Täuflings nicht gefährdet und dem Aergernis, welches aus der Zulassung spiritistischer Pathen zur katholischen Taufe entstehen würde, vorgebeugt werde. Dies ist endlich auch der eigentliche äußerst traurige Grund, warum sich solche Eltern und Pathen von ihrer kezerischen Renitenz und Bosheit zugleich oft so weit hinreißen lassen, daß sie sich sogar weigern, wenn der Seelsorger auf Beistellung katholischer Pathen besteht, das Kind — taufen zu lassen und dazu von den politischen Behörden mit — Zwangsmitteln verhalten werden müssen! Dies genügt, um die angebliche „Rechtgläubigkeit“ und „kirchliche Gesinnung“ der Spiritisten gehörig würdigen zu können.

Und nun urtheile man, ob Personen von solchen religiösen Grundsätzen und von so kirchenfeindlicher Gesinnung bei katholischen Taufen als Pathen fungieren können und ob man sich auch nur der geringsten Hoffnung hingeben kann, daß sie den nach der Intention und positiven Verordnung der Kirche mit dem Pathenamte verbundenen wichtigen Pflichten treu und gewissenhaft nachkommen werden. Wenn schon der römische Katechismus klagt, daß das heilige Pathenamt so nachlässig geübt wird, daß es den Anschein hat, daß nur der Name davon noch übrig geblieben ist;¹⁾ wenn selbst katholische Pathen ihren Pflichten selten genau nachkommen und, um mit der Liturgie zu reden,²⁾ zu glauben scheinen, daß sie nach gemachtem Pathengeschenke sich um Nichts mehr zu bekümmern haben, soll die Sache durch Zulassung von entschieden häretischen und kirchenfeindlichen Personen zum Pathenamte noch — schlimmer und das Uebel noch — größer werden? Mögen die heilsamen Worte des genannten Katechismus³⁾ beherzigt und die Gläubigen über das Pathenamt öfters unterrichtet werden, damit sie einsehen, was zu seiner gehörigen Ausübung nothwenig ist.

Königsgrätz.

Dr. Ant. Brychta.

VI. (Briefe bei Drucksachen, Rundreise, Rückfahrarten.) Kaufmann L. pflegt dann und wann bei Versendung der gedruckten Anzeigen und Anpreisungen seiner Waren an befreundete Kunden auch ein Brieflein beizulegen oder auf der Anzeige selbst einige Zeilen über dies oder jenes an sie zu schreiben. Er meint, das mache der Post doch nicht mehr Last, ob sie die Drucksache allein befördere oder mit dem Briefe. Und wenn die Postverwaltung das auch verbiete, so scheine das dem Publicum die Verpflichtung

¹⁾ Catech. Rom. l. c. qu. 27. — ²⁾ Mahrzohl, Liturgica sacra, Bd. 2 S. 53. — ³⁾ Catech. Rom. l. c. qu. 25.

aufzuerlegen, die Strafe zu zahlen, wenn es entdeckt wird, ähnlich wie beim Schmuggeln an der Landesgrenze. Bei seinen vielen Reisen gebraucht er als kluger Geschäftsmann grundsätzlich nur Rundreise- oder Rückfahrkarten. Jedoch kommt es manchmal vor, daß er unversehens seinen Reiseplan ändern muß. Meistens löst er dann die nun unbrauchbar gewordenen Fahrkarten bei der Betriebsinspektion der Ausgabestation wieder ein. Ab und zu ist es ihm aber auch gelungen, sie an einem andern zu verkaufen unter Theilung des Gewinnes. Auch dieses stellt L. dem Schmuggeln gleich. Ja, es sei gar kein Betrug dabei; denn durch Lösung der Karte habe er sich ein Recht auf Hin- und Rückfahrt erworben, welches er somit abtreten könne, wenn er wolle, wie auch eine gewöhnliche Fahrkarte. Wenn er dabei einen Vortheil sich verschafft, so könne das doch nicht unrecht sein, da er weder den betreffenden Reisenden betrüge noch den Eisenbahn-Fiscus, soweit er beurtheilen könne, schädige. Ob er nämlich selbst in dem Zuge sitze oder ein anderer, könne doch ganz gleich sein. Auch scheine das allgemeine Auffassung zu sein. Wenigstens habe er schon mehrmals gesehen, wie man mit Fahrkarten einer niederen in einer höheren Wagenklasse fuhr, ja sogar mit einer Bahnsteigkarte Hin- und Rückfahrt gemacht habe, ohne deshalb im Gewissen beängstigt worden zu sein. Mehr Kohlen brauchen deshalb nicht verbrannt zu werden, noch litten auch die Wagen dadurch Schaden.

1. Ist die Handlungsweise des Kaufmannes erlaubt? 2. Muß er restituieren?

Antwort 1. Der Kaufmann stellt die Erlegung der Gebühren an Post und Eisenbahn gleich der Zahlung von Zollgebühren. Jedoch mit Unrecht. Beim Zoll ist keine Gegenleistung vorhanden, wohl aber bei der Post und Eisenbahn. Hier liegt der Contract vor: *Do, ut facias*. Wo früher ein Bote oder der Besitzer eines Fuhrwerkes gebraucht wurde, tritt jetzt die Post und Eisenbahn ein, d. h. an Stelle privater Unternehmen kommt jetzt ein öffentliches, der Staat. Wie nun dort ein Vertrag dazwischen trat, so auch hier. Der Vertrag wird geschlossen, indem Post und Eisenbahn sich bereit halten, bestimmte Dienste zu übernehmen und zugleich in ihren Tarifen die entsprechenden Gegenleistungen aufstellen, welche der Auftraggeber zu übernehmen hat, wenn er ihre Dienste in Anspruch nimmt. In demselben Augenblicke also, wo jemand der Post oder Eisenbahn einen Auftrag erteilt, erklärt er sich implicite auch bereit, die geforderten Gegenleistungen zu erfüllen. Damit ist also der Vertrag geschlossen. Werden die Leistungen vom Auftraggeber nicht erfüllt, indem er z. B. sich einer Täuschung bedient, so verletzt er die *iustitia commutativa*, was beim Schmuggeln nicht der Fall ist. Es werden hier zwar auch die Zollbeamten hintergangen, aber es wird nicht die *iustitia commutativa* verletzt. Erlegung der Zollgebühren ist eben nur eine Forderung der *iustitia legalis*. Der Umstand, daß in beiden Fällen der Staat hintergangen wird, mag den Kaufmann dazu gebracht

haben, aus der Erlaubtheit der Täuschung in dem einen Falle, auf das Gleiche in dem anderen Falle zu schließen. Daß die Wirkungen dieser Täuschung verschieden sind, hat er nicht bedacht. Aus der Gleichheit des Subjectes hat er auf die Gleichheit des Objectes geschlossen.

2. Hiernach ist es einleuchtend, daß es unrecht ist, geschriebene Briefe unter Drucksachenporto zu versenden. Daß die Post nicht alle Briefe in Wirklichkeit untersucht, macht eine Verletzung der *instituta commutativa* nicht erlaubt; sonst könnte man alle Betrügereien für erlaubt erklären, da es ja immer an der nöthigen Untersuchung gefehlt hat. Zudem ist durch die Vorschrift, Drucksachen in offenen Briefumschlägen zu versenden, seitens der Postverwaltung genugsam gezeigt, daß sie sich die Untersuchung vorbehält. Wenn es die betreffenden Unterbeamten an Sorgfalt fehlen lassen sollten, so kann man daraus nicht ableiten, daß die Postverwaltung selbst mit den Betrügereien einverstanden ist.

Das Gleiche gilt für die Rundreise- und Rückfahrkarten. Wie ausdrücklich im Tarif, worauf bei diesen Karten eigens verwiesen wird („unübertragbar, siehe Tarif“), bestimmt ist, gilt die mit diesen Karten verbundene Preisermäßigung nur „für die Personen, welche mit der betreffenden Karte die Reise begonnen haben.“ Für andere verlangt also die Eisenbahnverwaltung den vollen Preis. Wenn jemand demnach mit einer von einem anderen schon benutzten Karte fährt, ohne den Preisunterschied nachzuzahlen, so schädigt er den Eisenbahnfiscus, indem er die Vertragsbestimmungen nicht einhält, und nicht das bezahlt, was die Eisenbahnverwaltung für ihre Dienste berechtigter Weise fordert. Es ist hier das Gleiche der Fall, als wenn man einem Diener den verdienten und übereingekommenen Lohn nicht zahlte.

Was nun die Entschuldigung betrifft, er habe durch Lösung der Rückfahrkarte ein Recht auch auf die Rückfahrt erworben, so ist das von ihm erworbene Recht ein persönliches Recht, das ihm nur allein zur Ausübung zusteht, wie vorher schon gezeigt ist, und welches er somit keinem anderen übertragen kann, wie ähnlich jemand eine *potestas delegata* nicht immer subdelegieren kann. Etwas anders ist es bei einer gewöhnlichen Fahrkarte. Hierbei findet sich keine derartige Bestimmung.

Auch schädigt er die Eisenbahn nicht dadurch, daß vielleicht einer mitreist, der größer oder schwerer wäre, sondern dadurch, daß nicht das ganze Fahrgeld für die Fahrt des zweiten Käufers bezahlt wird, welches die Eisenbahn fordert und rechtlich fordern kann. Der Contract wird gebrochen zum Schaden der Eisenbahn, und die Gegenleistung, welche die Eisenbahn für ihre Dienste fordert, wird nicht vollständig erfüllt.

Daß manche Leute betrügen, indem sie in einer höheren Wagenklasse fahren, macht den Betrug noch nicht erlaubt. Freilich

kann man wohl daraus, daß wirklich allgemein, auch von gewissenhaften Leuten, etwas gethan wird, ohne daß man sich ein Gewissen daraus macht, schließen, daß dasselbe nicht unerlaubt ist, obgleich es zwar den Anschein hat, wie es z. B. beim Schmuggeln der Fall ist. Jedoch würde man auch aus einer solchen Allgemeinheit einer Handlungsweise nicht mehr auf die Erlaubtheit derselben schließen können, sobald sich durch **nähere Untersuchung** herausstellt, daß ein Irrthum obgewaltet hätte. Was nun unsere Frage angeht, so hintergeht man weder allgemein in der genannten Weise die Eisenbahn, noch auch könnte, falls es wirklich allgemein üblich gewesen wäre, die Erlaubtheit eines solchen Handelns bei näherer Untersuchung aufrecht gehalten werden.

Wenn die Eisenbahn sich so einrichtet oder einrichten muß, daß ebenso gut fünf als vier Personen mitfahren können, so muß der Vortheil davon auch dem zugute kommen, der diese Einrichtung geschaffen habe, nämlich der Eisenbahn, ähnlich wie jemand, der mit demselben Kraftaufwande zweien zugleich einen Nutzen erweist, von beiden die dem Nutzen entsprechende Gegenleistung fordern kann (cf. Bucceroni, Instit. mor. I. n. 956; Ballerini, Comp. Th. m. I. n. 757, Lehmkuhl, Th. m. I. n. 1050). Daß die Eisenbahn also nicht mehr Kohlen zu verbrennen braucht, kann nicht bewirken, daß man ohne eine genügende Fahrkarte, z. B. mit einer von jemanden schon gebrauchten Rückfahrkarte oder Bahnsteigkarte, mitfahren dürfte.

3. Wenngleich der Kaufmann bona fide gehandelt hat, so ist er doch zur Rückersstattung verpflichtet, weil er eben gespart hat und somit possessor rei alienae ist; und zwar ist er selbst ohne weiteres der Post gegenüber restitutionspflichtig. Den Eisenbahnfiscus hat er selbst nicht unmittelbar geschädigt, sondern der, welcher die benötigte Fahrkarte kaufte; denn dieser mußte bezahlen und hat nicht den vollen Preis bezahlt. Der Kaufmann hat zwar diese Schädigung veranlaßt und einen Nutzen daraus gezogen. In erster Linie muß also der Käufer restituieren. Der Kaufmann muß seinen Vortheil dann dem Käufer abtreten. Sollte dieser jedoch nicht zurückerstatten wollen, so mußte der Kaufmann seinen Theil am Gewinne direct der Bahn restituieren, für das Uebrige war er nicht weiter haftbar, weil er weder possessor rei alienae war noch auch ein Damniculator theologicus culpabilis. Die Restitution kann erfolgen durch Vernichtung von Freimarken, bezw. Fahrkarten.

Mnsberg.

Dr. Bremer.

* * *

Bemerkung zu dem im Vorstehenden behandelten Casus über das Beilegen von Briefen bei offenen Sendungen und Uebergabe von Retourbillet an andere.

Genicot, Theolog. mor. inst. (III. Aufl.) V. pg. 561, faßt oben erwähnte Benützung der Post und Eisenbahn nicht als Contract auf